



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

SPD/III/127

Fernsprecher 2 09 51/52 18. Oktober 1938
Hannover, Georgstraße 33

Hjalmar, der Gerechte

Von Friedrich Stampfer

Man kann, was Hjalmar Schacht in seiner reichlich verspäteten "Abrechnung mit Hitler" auf seine eigene Rechnung stellt, für richtig oder falsch halten. Hält man es für richtig, so muß man unweigerlich zu folgendem Ergebnis gelangen: In dieser von Dummköpfen, Jammerlappen und Schurken bevölkerten Welt gibt es nur einen Gerechten, Tapferen und Weisen. Alle haben alles schlecht, nur einer hat alles gut gemacht. Der Leser errät schon, wer das ist. Kein anderer als Hjalmar Schacht.

Wer hat schuld an dem Emporkommen Hitlers? Alle. Die Generale und die Kommunisten, das Zentrum und die Sozialdemokraten, das Inland und das Ausland. In blütenweißer Unschuld, gleich einer Lilie, strahlt nur Hjalmar Schacht. Für Hitlers Eintritt in die Regierung war er "aus demokratischen Grundsätzen". Geld hat er nicht nur für die Nazis gesammelt, sondern "für die Koalition", d. h. auch für die Deutschnationalen (wahrlich, eine durchschlagende Rechtfertigung). Reichsbankpräsident ist er dann geworden, weil ihm die Arbeitslosen Leid taten. Inzwischen wurde der Reichstag angezündet, wurden die bürgerlichen Freiheitsrechte abgeschafft, rechtschaffene Männer und Frauen hinter Stacheldraht gesperrt, viehisch mißhandelt, ermordet - und Schacht fuhr fort, seine wirtschaftlichen Zauberkünste für die Hitlerregierung spielen zu lassen. Wäre nicht etwas weniger Zauberei für das deutsche Volk viel leicht doch besser gewesen? Und ließ sich die Arbeitslosigkeit nicht auch auf eine andere Weise beseitigen als durch eine Politik, die den gegenwärtigen Zustand Deutschlands zur Folge hatte?

Es kommt der 30. Juni 1930 und Hjalmar Schacht beginnt, etwas zu merken. Entschlossen zieht er daraus die Konsequenzen - und wird Reichswirtschaftsminister. In seiner Darstellung sieht das so aus: "So bin ich in die Hitlerregierung bewußt als ihr Gegner hineingegangen, insoweit (!) sie zu ungerechten und gewalttätigen Maßnahmen neigte. Ich wollte nicht resignieren wie die demokratischen Politiker, ich wollte soviel wie möglich retten von dem, was sie kampflös preisgegeben hatten".

Liest man das, so sieht man ihn förmlich vor sich stehen, im Erz gegossen, mit dem Lorbeerkrantz auf dem Haupt. Und nun zaubert

der Reichswirtschaftsminister Weizsäcker, wo der Reichsbankpräsident zu zaubern aufgehört hat. Der bewusste Gegner der Hitlerregierung erfindet einen "Neuen Plan", um der Hitlerregierung zu neuen Erfolgen zu verhelfen, und er rühmt sich: "Der neue Plan hatte seine Früchte getragen". Bald darauf wird er von Göring aus der Devisenkontrolle herausgeholt, aber...: "Hatte ich auf dem Devisengebiete einen Pflock zurückstecken müssen, so gab ich doch meine sonstige Aktivität nicht auf".

Im Sommer 1937 nimmt Göring die Wirtschaft so kräftig in die Hand, daß Schacht nichts anderes übrig bleibt, als um seine Entlassung zu bitten. "Dennoch wollte und konnte ich meinen Kampf nicht aufgeben". Schacht blieb Minister ohne Portefeuille. Auch ließ er sich erweichen, das Amt des Reichsbankpräsidenten ein Jahr lang weiterzuführen. Gewiß ein heroischer Entschluß, nachdem ihm sogar das Abhören des ausländischen Rundfunks verboten worden war.

Im Februar 1938 wurde der Chef des Heeres, von Frätsch, unter der erfundenen Beschuldigung homosexueller Verfehlungen gestürzt. Papen wurde aus Wien abberufen, Neurath durch Ribbentrop ersetzt. Vor diesen Ereignissen sagt Schacht: "Sie eröffneten uns" (Schacht und seinen Gesinnungsgenossen, den späteren Verschwörern) "den Einblick in einen Abgrund... Wir alle erkannten nunmehr, daß die Führung der deutschen Regierung in die Hände von Verbrechern geraten war".

"Nunmehr", das war fünf Jahre nach Hitlers Amtsantritt. Bis dahin hatten die Herren nichts von Verbrechertum bemerkt. Erst die Lektüre des "Reichsanzeigers" mit den neuesten Ernennungen eröffneten ihnen "den Einblick in einen Abgrund".

Schacht wird nun ein wirklicher Verschwörer gegen Hitler. Man kann ihm das glauben, das ändert jedoch nichts daran, daß er ein sympathisierender Mitläufer der Nazibewegung und ein fanatischer Gegner der Sozialdemokratie war. Er war das nicht nur, sondern er ist das noch heute. Denn wenn er sich auf der einen Seite nicht genug tun kann in Bewunderung der "begeisterten, schwungvollen, verantwortungsgreudigen Elemente, die die nationalsozialistische Tatwelle zum guten, ehrlichen Ziel sozialer Gerechtigkeit zu führen hofften", kennt auf der anderen Seite seine Geringschätzung keine Grenzen für die "alten Arbeiterführer, die unter dem Schutze der Besatzungsmächte versuchen, ihre früheren Stellen wieder einzunehmen". Damit ist allerdings der Punkt erreicht, an dem Schacht mit seiner grotesken Selbstgerechtigkeit und Selbstbeweihräucherung die Grenzen der Narrenfreiheit überschreitet. Wenn er und seine Spießgesellen jahrelang dem Hakenkreuz nachliefen und halfen, Volk und Reich in den Abgrund zu reißen, so taten sie das aus "edler patriotischer Selbstverleugnung". Aber wenn Sozialdemokraten, die im Kampf gegen Hitler Konzentrationslager und Tod nicht scheuten, ihrem Volk das schwerste Opfer bringen, wenn sie die Lasten und Demütigungen einer nicht von ihnen verschuldeten Lage auf sich nehmen, um das Los des Volkes zu erleichtern, dann tun sie es um der Stellung willen "unter dem Schutz der Besatzungsmächte". Eine neue nazistische Verleumdungskampagne kündigt sich an. Ihr Führer ist Hjalmar Schacht.

Hinter den Tagesspiegel zu stecken

Von Herbert Kriedemann, Frankfurt

Je größere Kreise von den Auswirkungen der Erhard'schen Wirtschaftspolitik in Mitleidenschaft gezogen werden, desto krampfhafter werden die Versuche, von der Verantwortlichkeit für diese verfehlte Politik abzulenken. Das gilt auch für die Hilfestellung, die im Handels teil des "Tagesspiegels" zu leisten versucht wird. Dabei zeichnet sich dieses Blatt über die Wiederholung der naiven Unterstellung hin-aus, die SPD hätte kein konstruktives Wirtschaftsprogramm und wolle zur Zwangswirtschaft zurück, noch dadurch aus, daß es die Sozialdemokraten wegen ihrer Kritik an Erhard's Politik zu Wegbereitern der Kommunisten stempelt. Das ist keine sehr geistreiche Abwandlung des beliebten Spiels "Haltet den Dieb", das immer dann praktiziert wird, wenn man selbst etwas zu verbergen hat. So billig kann man die Feststellung Schumachers, die Frankfurter Wirtschaftspolitik der CDU und ihrer Anhängsel gebe dem Kommunismus oder irgend einer Form des Neofaschismus die größte Chance, nicht widerlegen.

In seinem Eifer, Erhard zur Hilfe zu kommen, verwirrt sich der "Tagesspiegel" im Gestrüpp seiner durcheinandergewürfelten Argumente. Die SPD hatte durchaus nicht die Absicht, ein Maximum an Positivem für die Werktätigen nur in der Oppositionsstellung zu erkämpfen. Sie war vielmehr bereit, ihren Teil an Verantwortung für eine Wirtschaftspolitik zu übernehmen, die vor allem das für die Werktätigen Positive berücksichtigen würde. Erst als feststand, daß es den in der Frankfurter CDU-Fraktion maßgebenden Kreisen der "Wirtschaft" auf etwas anderes ankam, nämlich auf ein Maximum an Profit, ging die SPD in die Opposition. Der "Tagesspiegel" hat schon recht, wenn er sagt, daß auch die SED vorgibt, für die Werktätigen zu sorgen. Das tut auch Erhard mit seiner sozialen Marktwirtschaft, die in Wahrheit die Marktwirtschaft der oberen Zehntausend ist. In beiden Fällen liegt der Ton auf "vorgeben". Und was vom Endeffekt ernüchternd wirkt (ein Paar Schuhe im Jahre 1950 - vielleicht) trifft dementsprechend auf beide Systeme gleichermaßen zu, nur daß die privilegierten Nutznießer bei der SED andere sind als bei Erhard. Die Werktätigen sind aber hier und dort die Betrogenen. Als Beweis für die "Obstruktionstaktik der SPD" zitiert der "Tagesspiegel" ihre Ablehnung der Erhöhung der Stahl- und Eisenpreise. Dabei verschweigt er, daß nach den Sozialdemokraten der Fraktionsvorsitzende der CDU erklärte, seine Fraktion könne der Vorlage nicht zustimmen - immerhin einer Vorlage, die vom CDU-Verwaltungsrat eingebracht und von einem prominenten Abgeordneten der CDU dem Wirtschaftsrat zur Annahme empfohlen worden war. Spricht das nun dafür, daß die sozialdemokratische Kritik berechtigt war oder daß es der CDU nur an Bekennermut gefehlt habe? Diese Frage läßt der "Tagesspiegel" leider offen. Das ist die gleiche Zweizüngigkeit, mit der man die Legende verbreitet, daß die Waren in dem Augenblick erschienen, in dem Erhard die Bezugscheine zerriss. Mit der Hortung, dem Abscheu der Sachwertbesitzer vor dem schlechten Gelde sowie mit der Währungsreform hat dieses Wirtschaftswunder offenbar nichts zu tun.

Immerhin kann auch der "Tagesspiegel" an der Tatsache nicht vorbeigehen, daß Erhards Einmaleins vom automatischen Funktionieren der "freien Wirtschaft", in das man nur nicht störend mit Preiskontrollen usw. eingreifen dürfe, einfach nicht stimmen will, und zwar deshalb, weil - in Fortsetzung der Gedankengänge des "Tagesspiegels" die SPD nicht das Spiel jener mitmacht, die die Gesetze wirtschaftlicher Mechanik verkennen oder einseitig zu ihren Gunsten interpretieren. Den Bewunderern Erhard'scher Theorien des "als ob" mögen die sozialdemokratischen Forderungen primitiv erscheinen. Dafür sind die den breiter Massen umso verständlicher.

Gegenüber den komplizierten Berechnungen, die heute im Zeichen der Freiheit darüber angestellt werden, ob man an Leder mehr verdient, wenn man bezugscheinfreie Maßschuhe oder Luxuswaren herstellt, wirkt sicher auch die sozialdemokratische Forderung simpel, daß aus diesem kostbaren Rohstoff ausschließlich die Schuhe hergestellt werden müssen, welche heute von den breiten Schichten gebraucht und von ihnen bezahlt werden können. In dieser einfachen Forderung liegt die volle Anerkennung der Notwendigkeiten, die sich aus unserer wirtschaftlichen Mangellage ergeben. Die SPD repräsentiert aus dieser Erkenntnis heraus den Teil des deutschen Volkes, der die uns verbliebenen ebenso wie die von außen stammenden Mittel so einsetzen will, daß sie einem stetigen Wiederaufbau, aber nicht einer flüchtigen Scheinblüte dienen. Sonst wird man uns einmal vorhalten, daß unser Beitrag zur europäischen Sanierung - der nicht unwesentlich durch fremde Hilfe ^{vor}finanziert wurde - hauptsächlich im Ausbau der Ladenfronten besteht und daß ein Teil der Getreideimporte, die trotz Herrn Dr. Semmler auch heute noch von den amerikanischen und englischen Steuerzahlern bezahlt werden, anstatt für die Sicherung einer besseren Ernährung zur Herstellung von feinem Gebäck verwandt wurde.

Die gefährlichste Konsequenz dieses gewissenlosen Spieles wurde mit der Erhöhung der Lebensmittelpreise aufgezzeigt. Die Forderung der Landwirtschaftsminister schon jetzt die Brotration auf 10.000 g herabzusetzen, läßt noch deutlicher erkennen, was den arbeitenden Menschen, die auf ein schmales Einkommen angewiesen sind, bevorsteht. Der Gegensatz Schlange-Erhard ist ein Beweis dafür, wie in der CDU Kräfte, die bereit sind, einen Irrtum einzugestehen, mit allen Mitteln mundtot gemacht werden sollen. Die Sozialdemokratie, von der zur Genüge bekannt ist, wie ablehnend sie jeder Form des Kollektivismus gegenübersteht, kann man aber nicht mundtot machen - auch dann nicht, wenn man im Stile des "Tagesspiegels" gegen sie argumentiert.

SPD - Wahlsieger in Nordrhein-Westfalen

Düsseldorf 18.10.

Die SPD ist der unbestrittene Sieger der am Sonntag in Nordrhein-Westfalen durchgeführten Kommunalwahlen. Ihr Stimmengewinn beträgt gegenüber den letzten Landtagswahlen 3,9 Prozent. Außer der SPD konnte auch noch die FDP einen Stimmengewinn von 0,9 Prozent buchen, während die KPD mit einem Stimmenverlust von 6,4 Prozent eine beachtliche Niederlage erlitten hat.

Die Gesamtstimmen in Nordrhein-Westfalen verteilen sich folgendermaßen: CDU 37,8 % (1947 - 37,6 %), SPD 35,9 (33), KPD 7,8 (14), FDP 6,9 (6), Zentrum 9,6 (9,7), Radikalsozialistische Freiheitspartei (RSF) 1,1 (0) und schließlich Unabhängige Deutsche Rechtspartei und Rheinische Volkspartei je 0,3 Prozent. (RSF und Unabhängige haben 1947 noch nicht bestanden).

Besonders beachtlich ist die Zunahme der SPD-Stimmen in den Stadtkreisen, wo sie gegenüber der CDU ein Übergewicht von mehr als 3 Prozent erhalten hat. Dieser Zuwachs wird in erster Linie als das Ergebnis der Frankfurter Preispolitik der CDU zu bewerten sein. Gerade in den Großstädten des Ruhrgebietes hatte die CDU als Wahlredner Professor Erhard aufgeboten. Seine Argumente und Rechtfertigungsversuche sind, wie das Ergebnis zeigt, wirkungslos geblieben.

Aber auch in den Landkreisen, die bisher als eine unbestrittene Domäne der CDU galten, konnte die Sozialdemokratie beträchtliche Einbrüche erzielen. Dies wird in erster Linie darauf zurückzuführen sein, daß die Flüchtlinge jetzt in größerem Ausmaß an die Wahlurne treten konnten und ihre Stimmen in erster Linie den sozialdemokratischen Kandidaten gaben.

So wie die CDU an der Frankfurter Krankheit, leidet die KPD an Moskau. Die Berichte der aus Rußland heimgekehrten Kriegsgefangenen dürften das ihre dazu beigetragen haben, der breiten Bevölkerung die Augen darüber zu öffnen, daß die KP lediglich ein Machtinstrument des russischen Imperialismus und keineswegs Vorkämpferin des sozialen Gedankens ist, wie sie vorgibt. Der Stimmengewinn der FDP muß darauf zurückgeführt werden, daß es ihr gelungen ist, in Kreisen des Einzelhandels und der kleinen Gewerbetreibenden die alte Mittelstandspolitik wieder zu beleben. Ihre Erfolge hat sie vor allem in den Orten erzielen können, die vom Krieg kaum oder nur unwesentlich berührt worden sind.

Zu den Achtungserfolgen der Radikalsozialistischen Freiheitspartei, die erstmalig auftrat, ist zuzusagen, daß in einer so verworrenen Zeit die Geldpolitik-Phantasien immer häufiger Anhänger findet.

Die tatsächliche Verteilung der Sitze in den Gemeindevertretungen wird aber eine noch viel größere Verschiebung mit sich bringen, als aus dem zahlenmäßigen Wahlergebnis hervorgeht, da diesmal ein ganz anders geartetes Wahlverfahren angewendet wurde. Die größte Einbuße an Sitzen wird die CDU hinnehmen müssen, während der Zuwachs an SPD-Vertretern noch viel beträchtlicher sein wird, als im Stimmzuwachs. Für die KP wird sich die Niederlage nicht so katastrophal auswirken, wie das auf den ersten Blick erscheint. Auch das Zentrum wird wohl aus der Änderung des Wahlrechts Nutzen ziehen, während nämlich die Gemeindewahlen 1946 nach einem modifizierten Mehrheitswahlrecht durchgeführt wurden, kam jetzt ein Wahlverfahren zur Anwendung, bei dem das Verhältnisverfahren mit der Persönlichkeitswahl verbunden war, aber in einer Form, die jede für eine bestimmte Partei abgegebene Stimme in der Reserveliste auch für diese Partei in Anrechnung bringt.

Magistratskrise in Darmstadt

sp. Sämtliche der SPD angehörenden gewählten Mitglieder der Stadtverwaltung Darmstadt sind am 15. ds. Mts. geschlossen zurückgetreten, nachdem die Stadtverordnetenversammlung mit den Stimmen der CDU, LDP und KP den Nachtrags-Haushaltsplan 1948 abgelehnt hatte. Die Verwaltung erklärte, damit sei ihr die Arbeitsgrundlage entzogen und stellte ihre Ämter zur Verfügung, an der Spitze der Oberbürgermeister Metzger. Inzwischen haben zwei der Mitglieder der Stadtverwaltung ihre Rücktrittserklärung zurückgenommen. Die Verwaltung war im Frühjahr mit knapper Mehrheit und mit Zustimmung der KP gewählt worden. Die SPD allein verfügt mit 20 von insgesamt 48 Mandaten nur über eine sehr beachtliche Minderheit. Die bisherige Stadtverwaltung wird die Geschäfte bis zu den Neuwahlen weiterführen. Die CDU hat bereits ihren Anspruch auf den Oberbürgermeister angemeldet.

(m/1/1810/hs)

Sozialisten beraten über internationale Industriekontrolle

sp. Die englische Labour Party hat - offenbar auf Anregung der holländischen Sozialisten - die sozialistischen Parteien Frankreichs, Hollands und Belgiens und der skandinavischen Länder zu einer Konferenz nach London eingeladen, auf der die Verwaltung verstaatlichter Industrien und die internationale Kontrolle der Grundindustrien Europas erörtert werden sollen. Für die Konferenz, die noch in diesem Jahr stattfinden wird, war nach einer Erklärung Morgan Philipps die Erkenntnis innerhalb der Labour Party maßgebend, daß das ertragsreiche Feld für sozialistische Zusammenarbeit in der ernsthaften und fachmännischen Prüfung konkreter, gemeinsamer Probleme liegt. Die Einberufung der Konferenz hängt zweifellos mit der vorgesehenen internationalen Kontrolle des Ruhrgebiets zusammen, an der die Beneluxländer besonders stark interessiert sind.

(b/B.65/2/1810/hs)

Französisches Zwischenvotum.

sp. In Frankreich haben am vergangenen Sonntag die Vorwahlen für den Rat der Republik, den früheren Senat stattgefunden, der nach den Bestimmungen der Verfassung vom 16. Oktober 1946 jeweils zur Hälfte erneuert wird, das nächste Mal am 7. November. Die Zahl der Mitglieder des Rates der Republik darf nicht geringer sein als 250 und darf andererseits die Zahl von 320 nicht übersteigen. Die Nationalversammlung, die frühere Deputiertenkammer, kann im Verhältniswahlssystem ein Sechstel der gesamten Mitglieder des Rates der Republik wählen. Alle übrigen Räte werden in einem recht komplizierten Verfahren von den Vertretern der Départements, also der Provinzen, gewählt, und zwar nicht direkt durch Wahlmänner, im Gegensatz zu der direkten Wahl zur Nationalversammlung.

Die Ergebnisse der Wahl vom letzten Sonntag sind als Anhaltspunkt für die Kräftekonstellation der Parteien von sehr relativem Wert. Wenn in den großen Nachrichtenagenturen der westlichen Hauptstädte so nachdrücklich darauf hingewiesen wird, daß die Regierungsparteien insgesamt die meisten Stimmen auf sich vereinigen können, und daß - ganz im Gegensatz übrigens zu den Ergebnissen in Paris - de Gaulle und die Kommunisten erst weit nach dieser Mittelgruppe rangieren, so kann diese Kommentierung leicht zu falschen Rückschlüssen führen. Die Wahlmänner wurden von Gemeinderäten gewählt, die in ihrer Zusammensetzung sicher nicht mehr ein gültiges Spiegelbild der allgemeinen Einstellung zu den Parteien abgeben. Sie wurden zu einer Zeit gewählt, als die extremen Flügel noch nicht ihre gegenwärtige gefährliche Stärke erreicht hatten. Es wäre ein Fehler, das übersehen zu wollen.

Es liegt in diesem Augenblick nahe, einen kurzen Vergleich mit den Wahlen in Nordrhein-Westfalen zu ziehen. Hier wurde immerhin erreicht, daß die zwei großen Parteien Deutschlands, die, im weiten Sinne des Wortes, die Mitte repräsentieren, eine überwältigende Mehrheit von Stimmen auf sich vereinigen konnten. Darin offenbart sich ein wesentlich gesunderer politischer Sinn, als er in dem französischen Zwischenvotum zum Ausdruck kommt, zumal niemand wird behaupten können, daß die Situation des französischen Volkes, so schwer sie sein mag, schwieriger ist als die deutsche. (m/1/1810/hs)

"Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes"

sp. "Der Bund der religiösen Sozialisten" gibt in Stuttgart wieder das "Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes für religiöse und gesellschaftliche Erneuerung" heraus. Es kostet vierteljährlich 54 Pf. und kann durch jedes Postamt bestellt werden.